

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Juli 2008



Die Inflation wird zum globalen Risiko

Die Europäische Zentralbank lässt sich nicht beirren. Sie macht sich nicht die Auffassung zu eigen, die für den Euro gemessene Inflationsrate von vier Prozent sei ein für die Geldpolitik nicht so bedeutender

Ausrutscher, weil sie doch vorwiegend auf die Verteuerung der Energie und der Nahrungsmittel zurückzuführen sei.

Doch es ist kein Zufall im Zusammenspiel von Nachfragegrößen, der die höchste Inflationsrate seit dem Bestehen der Europäischen Währungsunion ausgelöst hat. Die Verteuerung von Energie und Nahrungsmitteln ist Folge der Globalisierung und der Energiepolitik auch der Mitgliedsländer der Europäischen Währungsunion. Globalisierung heißt: Es beteiligen sich nun Länder am internationalen Wirtschaftsverkehr, die zuvor abgeschottet gewirtschaftet haben. Länder wie China und Indien erscheinen den europäischen Verbrauchern als billige Lieferanten. Aber auch dort wird nichts ohne Energie produziert. Also treten auf den Weltenergiemärkten zusätzliche Nachfrager auf und treiben die Preise in die Höhe. Die traditionell als Industrieländer geltenden Staaten haben unterdessen den Schutz des Weltklimas in ihren politischen Programmen ganz oben angesiedelt. Die Devise heißt: Klimaschutz durch Bio-Energie. Diese Pflanzen werden aber auf den gleichen Böden gezogen, auf denen auch das Korn für das tägliche Brot wachsen soll. Zur Verteuerung der Energie tritt die Verteuerung der Nahrungsmittel, weil der Konkurrenzkampf um die Bodennutzung für höhere Preise sorgt.

Die Europäische Zentralbank geht mit der Politik des knappen - und damit teureren - Geldes also nicht gegen irgendwelche Einzelpreise an. Die Inflation wird zum globalen Risiko des raschen Hinzutretens neuer Partner des Welthandels und einer Klimapolitik, die die Formel „Bio-Energie“ weit oben auf die Liste ihrer Handlungsoptionen gesetzt hat.

Hans D. Barbier

Weniger Bauernhöfe

In Deutschland wurde im Jahr 2007 eine Fläche von 17 Millionen Hektar landwirtschaftlich genutzt. Damit ist die Landwirtschaft im Vergleich zum Vorjahr flächenmäßig nahezu unverändert geblieben. Insgesamt gab es 370 800 landwirtschaftliche Betriebe, von denen mit 94 Prozent die große Mehrheit als Familienbetriebe geführt wurden. Knapp 45 Prozent der Höfe dienten den Familien als Haupterwerb. Der Anteil der Nebenerwerbsbetriebe blieb mit 55 Prozent fast konstant.

Während die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe um 4,9 Prozent sank, war ein Anstieg der durchschnittlichen Betriebsgröße um zwei Hektar auf 45,7 Hektar zu verzeichnen. Das zeigt, dass sich der Strukturwandel im Bereich der Landwirtschaft hin

zu immer größeren Betrieben weiter fortsetzt. Vier Prozent aller Betriebe - das waren 14 700 Höfe - wirtschafteten als Ökobetriebe. Sie nutzten 5,1 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche.

Die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte ist erneut gesunken, diesmal um 1,9 Prozent. 1,25 Millionen Menschen arbeiteten in der Landwirtschaft, der weit überwiegende Anteil - 729 400 Personen - waren Familienarbeitskräfte. Aufgestockt wird die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte durch 186 800 ständig Beschäftigte sowie 335 500 Saisonarbeitskräfte.

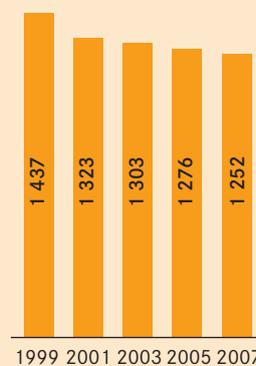
www.destatis.de

Steigender Agrarexport

Die Unternehmen der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft lieferten in den ersten drei Monaten dieses Jahres Waren im Wert von 11,6 Milliarden € in alle Welt aus. Das waren knapp 17 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Ausfuhren von Milch und Milchprodukten legten um 27,7 Prozent zu und erreichten einen Wert von 1,8 Milliarden €. In einigen Warengruppen - Käse, Milch, Joghurt, Magermilchpulver - ist Deutschland der größte Exporteur unter den EU-Ländern. Mehr exportiert wurden auch Fleisch und Fleischwaren. Die Lieferungen stiegen mengenmäßig um 15,4 Prozent auf knapp 687 000 Tonnen.

Arbeitsplätze

in der Landwirtschaft,
in Tausend



Quelle: Statistisches Bundesamt

Russland war der bedeutendste Importeur deutscher Agrarprodukte und Lebensmittel außerhalb der EU. Dort hin wurden Waren im Wert von 365,7 Millionen € geliefert, 28,2 Prozent mehr als im 1. Quartal 2007. Nach Asien exportierten deutsche Landwirte und Produzenten Lebensmittel im Wert von 572 Millionen €.

www.zmp.de/presse

Bundesagentur für Arbeit voll ausgelastet

Rund 58 000 Beschäftigte der Bundesagentur für Arbeit (BA) sind im Bereich der Arbeitslosenversicherung tätig. Sie beraten, vermitteln, überweisen Leistungen an Arbeitslose und Unternehmen oder sind mit Verwaltungsaufgaben betraut. Weitere 35 500 Mitarbeiter der BA sind mit der Grundsicherung – in Kooperation mit den Kommunen – befasst, und knapp 3 500 BA-Mitarbeiter sind in den Familienkassen beschäftigt.

Im Durchschnitt kümmert sich heute eine Vermittlungsfachkraft der Bundesagentur um mindestens 140 Arbeitssuchende. Nach den Vorgaben der Hartz-Reformen aus dem Jahr 2002 sollte ein Vermittler künftig nur noch 75 Arbeitslose betreuen.

Angesichts der zu bewältigenden Aufgaben und der zusätzlichen Belastungen durch aktuelle Gesetzesänderungen – beispielsweise beim Kinderzuschlag –, ist ein Personalabbau trotz sinkender Arbeitslosenzahlen laut Frank J. Weise, Vorsitzender des Vorstands der BA, derzeit undenkbar.

www.arbeitsagentur.de

Quoten, Kühe und Kartelle

Die „Milchwirtschaft“ in Deutschland und in der Europäischen Union ist planwirtschaftlich organisiert. „Milchquote statt Marktwirtschaft“ lautet seit fast 25 Jahren das Motto. Im Jahr 2015 soll mit der Quotenregelung Schluss sein.

Im Juni 2007 war Erstaunliches zu lesen: „Deutsche Bauern wollen EU-Milchquote abschaffen“, lautete die mutige Nachricht der im Deutschen Bauernverband organisierten Landwirte zum Abschluss ihres Bauerntages. Durch die Abschaffung der Quote sollten vor allem die Exportchancen deutscher Milchprodukte verbessert werden, die durch die europaweit geltende Milchquote beschränkt würden.

Ein Jahr nach dem großen Schritt in Richtung Marktwirtschaft waren die Landwirte erneut in den Schlagzeilen, diesmal mit „Milchstreik“ und blockierten Molkereien. Auslöser ihrer Aktionen: Die Milchbauern waren der Meinung, der von den Molkereien mit dem Handel vereinbarte Milchpreis sei zu niedrig. Die Bauern forderten einen Preis zwischen 0,40 € und 0,43 € pro Liter Milch, anstatt der 0,30 € bis 0,33 €, die sie erhielten. Während des zehn Tage dauernden Lieferboykotts verfütterten die Milchbauern ihre Milch an Kälber, verteilten sie über Felder und Wiesen oder schütteten sie in den Gully, anstatt die Milch bei den Molkereien abzuliefern.

Von selbständigem Wirtschaften ohne staatliche Hilfe war während der Streiktage keine Rede mehr. Was hat innerhalb eines Jahres das Umdenken bewirkt? Die schlichte und einfache Antwort lautet: der Markt.

Molkereien in Bauernhand

Zwischen den 100 000 Milchbauern in Deutschland und den rund 100 Molkereien gibt es feste Lieferverträge, die über mehrere Jahre laufen können. Bei der Milchproduktion existiert ein Nord-Süd-Gefälle. Landwirte in Schleswig-Holstein und Niedersachsen bewirtschaften größere Flächen und halten mehr Vieh als ihre Kollegen in Bayern oder Baden-Württemberg. Die norddeutschen Milchbauern haben also einen Mengenvorteil, sie produzieren günstiger.

Rund 66 Prozent der Milch werden nach Angaben des Raiffeisenverbandes von Molkereien verarbeitet und verkauft, die als Genossenschaften organisiert sind. Die Bauern sind Anteilseigner der Genossenschaften, sie haben in diesem Sommer also auch gegen sich selber „gestreikt“. Der Ertrag, den die Molkereien erwirtschaften, wird in Form des Milchgeldes ausgeschüttet. Bleibt am Ende eines Wirtschaftsjahres etwas übrig, gibt es Sonderzahlungen für die Genossenschaftsmitglieder.

Landwirte ohne Anschluss an eine Genossenschaft müssen ihre Lieferverträge selbstverantwortlich mit den Molkereien aushandeln. Ihr Milchpreis bemisst sich dann nicht am Gewinn der Genossenschaft, sondern am durchschnittlichen Milchpreis in der Region.

Die Molkereien schließen wiederum Lieferverträge mit dem Handel. Laut Milchindustrieverband können nur die zehn größten Molkereien – mit einem Marktanteil von zusammen 50 bis 60 Prozent – den großen Handelsketten Aldi, Lidl und Co. gleichberechtigt als Verhandlungspartner entgegentreten. Die Verträge zwischen Molkereien und Handel werden mit Laufzeiten von einem halben Jahr geschlossen. Die Milchbauern fühlen sich bei den Verhandlungen außen vor und sprechen von „Preisdiktat“ und „Handelskartellen“.

Suche nach dem „richtigen“ Milchpreis

Milch ist ein schnell verderbliches Nahrungsmittel. Sie muss entweder regional abgesetzt oder in haltbarer Form – zum Beispiel als Milchpulver, Käse oder ähnliches – angeboten werden. Im Sommer 2007 stieg in Asien die Nachfrage nach Milchpulver, die Vorratslager leerten sich weltweit. Auch für deutsche Molkereien lohnte es sich, mehr Milchpulver zu exportieren.

In dieser Situation konnten die Molkereien höhere Preise im Lebensmittelhandel durchsetzen, denn entweder wurde von deutschen Abnehmern ein höherer Preis gezahlt oder die Molkereien hätten mehr Milchpulver produziert und exportiert. Die höheren Preise wurden vom Handel an die End-



„Wir wollen endlich weg vom staatlichen Subventionstopf.“ (Juni 2007)

„Es müssen alle nationalen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um flexible Quotenregelungen zu erreichen.“ (Juni 2008)

Romuald Schaber, Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes Deutscher Milchviehalter

verbraucher weitergegeben. Das von den Molkereien gezahlte Milchgeld für die Milchbauern stieg ebenfalls. Manche hielten das für die Wende am Milchmarkt: „Nie mehr so billig wie bisher“ war die Hoffnung.

Angebot und Nachfrage

Nach der Preissteigerung im Sommer 2007 konnte Marktwirtschaft aus dem Lehrbuch beobachtet werden. Die gestiegenen Preise in Deutschland bewirkten, dass die Verbraucher weniger Milch und Milchprodukte kauften oder auf Produkte von billigeren Anbietern aus Tschechien oder Italien umstiegen.

Die Bauern lieferten allerdings wegen des höheren Milchgeldes mehr Milch an die Molkereien. Ab Herbst 2007 blieben die Molkereien teilweise auf ihren Produkten sitzen und reagierten darauf, indem sie im Frühjahr 2008 mit den Milchbauern neue Lieferverträge mit niedrigeren Preisen abschlossen. Diese Preissenkung führte zum „Milchstreik“. Er endete, als die großen Lebensmittelketten nach zehn Tagen erklärten, den Milchpreis um bis zu 0,10 € anzuheben.

Bei den Bauern schlägt die Preiserhöhung nicht voll durch. Maximal 2,5 Cent pro Liter werden nach Meinung von Agrarexperten bei den Milchbauern ankommen. Wie viel genau, wird erst feststehen, wenn die Molkereien mit dem Lebensmittelhandel neue Verträge ausgehandelt haben. Die Bauern drohen mit neuen Lieferboykotten und appellieren an die Politik, ihre Forderungen zu unterstützen.

Europäische Agrarpolitik

Hilfsprogramme für die Agrarwirtschaft gab es bereits in den 1950er Jahren. Ernährungs- und Nachkriegszeit sollten für immer vermieden werden. Mit Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1957 wurden die einzelnen Agrarmärkte der Mitgliedsländer zusammengefasst. Marktordnungs-systeme sollten die Produktion steigern, das Einkommen der Bauern sichern, Landflucht verhindern und die Selbstversorgung der Europäer garantieren.

Für Milch wurden ab 1968 Garantiepreise und Abnahmemengen beschlossen. Je mehr Milch produziert wurde, umso lohnender für die Bauern. Die Überschüsse wurden auf Kosten der Europäischen Gemeinschaft aufgekauft, eingelagert oder zu subventionierten Preisen auf dem Weltmarkt angeboten und manches Mal sogar verschenkt. Für die Landwirte war dieses System sehr verlässlich. Es gab keine Risiken, alles wurde zu hohen festgelegten Preisen abgenommen. Butterberge und Milchseen waren die Folge.

Milchquote als Korsett

Mit der europäischen Milchquote wurde 1984 die Mengen-Notbremse gezogen. Seitdem werden in den Mitgliedsländern der Europäischen Union die Milchbauern mit der Superabgabe bestraft, die über die festgelegte „Referenzmenge“ hinaus Milch produzieren. Ab dem Wirtschaftsjahr 2007/2008 werden 0,2783 € pro zu viel gelieferter Kilo Milch fällig. Über- oder Untermengen dürfen allerdings mol-

kereintern saldiert werden. Die Überproduktion bleibt straffrei, wenn andere Milchbauern ihr Lieferkontingent nicht ausschöpfen.

Problematisch ist, dass mit der Quotierung Einsteigern der Zutritt zum Milchmarkt versperrt wird und erweiterungswillige Betriebe behindert werden, es sei denn, sie kaufen die Quote von aufgabewilligen Milchviehbetrieben. Die Milchquote ist an speziellen Börsen handelbar: Wer seine Milchwirtschaft aufgeben will, kann seine Quote verkaufen. Zuletzt kostete das „Melkrecht“ in Deutschland für ein Kilo Milch rund 0,38 €.

Die Milchquote sollte ursprünglich auf fünf Jahre begrenzt bleiben. Meist kurz vor dem Auslaufen der Befristung wurde die Quotenregelung von den europäischen Agrarpolitikern verlängert, oftmals kombiniert mit der Anhebung der Quote. Auch für 2008 und die kommenden Jahre wurden die EU-Milchquoten erhöht, die Bauern dürfen mehr Milch produzieren.

Fazit nach 25 Jahren Milchquote: Die erzeugten Mengen sind nur noch moderat gestiegen. 24 Millionen Tonnen Milch wurden in Deutschland vor der Wiedervereinigung produziert, im vergangenen Jahr kamen rund 28 Millionen Tonnen Milch zusammen. Es gibt inzwischen weniger Milchkuhe. 1984 standen 5,7 Millionen Tiere, im Jahr 2007 rund 4,1 Millionen in den Ställen. Die Milchleistung pro Kuh ist dagegen seit 1984 von 4 600 kg Milch auf knapp 7 000 kg im vergangenen Jahr gestiegen.

Nun soll 2015 definitiv das Aus für die Milchquote kom-

men. Das wäre dann das Ende einer 31 Jahre währenden Übergangslösung. Anlass für Bauernfunktionäre und Politiker, nach neuen Hilfen – zum Beispiel „flexible Mengensteuerung“, Milchumlage, Milchfonds – zu suchen.

Landwirt: Unternehmer oder Staatsdiener?

Milliarden Euro Steuergelder – sowohl EU- als auch nationale Zahlungen – sind mittlerweile in die Landwirtschaft geflossen. Trotzdem treten Bauern in den „Milchstreik“, weil der Preis zu niedrig ist, um landwirtschaftliche Betriebe zu erhalten, die vielleicht schon vor Jahren aufgegeben worden wären – hätten die Agrarpolitiker nicht eingegriffen. Dieses Dilemma bleibt, solange die Landwirtschaft dem Gesetz von Angebot und Nachfrage entzogen wird.

Eine marktwirtschaftlich orientierte Agrarpolitik würde bedeuten, dass jeder Landwirt anbieten kann, was nach seiner Überzeugung von Verbrauchern nachgefragt wird. Nur dann hätten Landwirte einen dauerhaften Zugang zu eigenständigem Einkommen, das nicht von politischen Entscheidungen abhängt. Sollten Landwirte nicht selbständig und unternehmerisch tätig sein können, anstatt als staatliche Angestellte arbeiten zu müssen? Wie lange will – und kann – sich die EU zudem ein milliardenteures Subventionssystem für einen Wirtschaftssektor leisten, der inzwischen weniger als zwei Prozent zum gemeinschaftlichen Bruttoinlandsprodukt beiträgt?

Andreas Schirmer



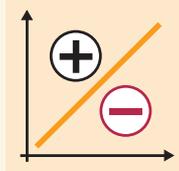
„Die Ansprüche an den Staat wachsen im gleichen Maß, wie das Gefühl für Eigenverantwortung verkümmert und schließlich erstickt.“

Ludwig Erhard

IM KLARTEXT

Juli 2008

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im Juli 2008

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung



Die offiziellen Arbeitslosenzahlen im Juni 2008 erfreuten Bundesarbeitsminister Olaf Scholz: „Wieder gute Nachrichten vom Arbeitsmarkt. Rund 528 000 Arbeitslose weniger als vor einem Jahr, 123 000 weniger gegenüber dem Vormonat. Wir können es in den nächsten Jahren schaffen, dass niemand, der seinen Job verliert, länger als ein Jahr ohne neuen Arbeitsplatz bleiben muss. Vollbeschäftigung wäre damit erreicht.“

Die rätselhafte Definition von Vollbeschäftigung außen

vor gelassen: Der Optimismus ist erstaunlich. Die Zahl der Arbeitslosen sinkt seit Monaten langsamer. Der Beschäftigungsaufbau stagniert. Im internationalen Vergleich hat Deutschland weiterhin die meisten Langzeitarbeitslosen. Trotz sinkender Arbeitslosenzahlen: Bis zur Vollbeschäftigung ist noch ein weiter Weg.

Eigenverantwortung



Nach Einführung des Verbraucherinsolvenzverfahrens im Jahr 1999 nahm die Zahl der Insolvenzen von privaten Schuldner kontinuierlich zu. Diese Entwicklung wurde jetzt erstmals unterbrochen, die Zahl der Privatinsolvenzen ist zurückgegangen: 24 150 Menschen haben sich in den ersten drei Monaten des Jahres 2008 für diese Möglichkeit der Entschuldung entschieden. Für das 1. Quartal 2007 hatte die Statistik 26 500 Privatinsolvenzen gezählt.

Seit 1999 nutzten insgesamt fast 450 000 Privatpersonen das Verbraucherinsolvenzverfahren, um nach einer sechsjährigen „Wohlverhaltensphase“ von den restlichen Schul-

Privatinsolvenzen

| | |
|------|---------|
| 1999 | 3 357 |
| 2001 | 13 277 |
| 2003 | 33 609 |
| 2005 | 68 898 |
| 2007 | 105 238 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

den befreit zu werden. Das gesamte Schuldenvolumen – ohne Selbständige und Hypothekenschuldner – wird auf 65 bis 70 Milliarden € geschätzt. Erkenntnisse aus den bisherigen Insolvenzverfahren belegen, dass der größte Teil dieser „Forderungen uneinbringbar“ ist, mit anderen Worten: Die Gläubiger gehen leer aus.

Geldwertstabilität



Der anhaltende Preisanstieg macht 85 Prozent der Befragten einer Infratest-Umfrage Angst. 62 Prozent haben Sorge, dass ihr Geld künftig nicht mehr zum Lebensunterhalt reicht. Inzwischen geben 69 Prozent an, bei ihren Ausgaben bewusst zu sparen. Gespart haben die betroffenen Bürger vor allem beim Autofahren, sowie beim Einkaufen und beim Stromverbrauch.

Steigende Preise sind Auslöser für Pessimismus in Bezug auf die persönliche wirtschaftliche Perspektive in den nächsten Jahren: Fast jeder zweite Bundesbürger (46 Prozent) erwartet, dass es ihm in zehn Jahren schlechter gehen wird als zurzeit. Lediglich 20 Prozent hoffen, dass ihre wirtschaftliche Situation besser sein wird als derzeit. 79 Prozent der Bürger sind zudem überzeugt: Die politischen Parteien kümmern sich viel zu wenig um das Inflationsproblem. Bedenkliches Fazit: Kaufkraftverluste fördern den Vertrauensverlust in Politik und Wirtschaft.

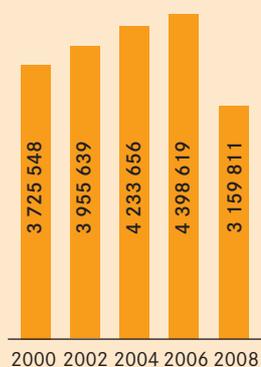
Sparpotenziale

Wo wurde gespart?
(Mehrfachnennungen möglich)

| | |
|--------------|------|
| Autonutzung | 59 % |
| Lebensmittel | 46 % |
| Strom | 31 % |
| Kleidung | 30 % |
| Urlaub | 24 % |
| Ausgehen | 19 % |
| Heizen | 18 % |
| Kultur | 13 % |
| Sonstiges | 30 % |

Quelle: Infratest dimap

Arbeitslose



2000 2002 2004 2006 2008

jeweils Juni

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn

Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49

Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: picture-alliance/dpa (innen)

Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel

erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard